

Die DDR-Regierung – vom „Vertrauen des Volkes“ getragen?

Hier stehen naturgemäß die Ereignisse von 1953 und 1989 im Vordergrund, jedoch sollte auch auf den Bau der Mauer und die Flüchtlingsproblematik eingegangen werden.

Im Mai 1953 legte die SED-Führung neue, erhöhte **Arbeitsnormen** fest, um nach sowjetischem Vorbild den Aufbau der Schwerindustrie zu beschleunigen. Als trotz des „Neuen Kurses“ (nach dem Tod Stalins) die Normen nicht zurückgenommen wurden, entwickelte sich aus Protesten und Streiks der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee der Arbeiteraufstand in der gesamten DDR vom **17. Juni 1953**. An die Seite der ursprünglich rein wirtschaftlichen Forderungen traten bald politische Forderungen, so vor allem die Forderung nach freien Wahlen. Da die politische Führung der DDR sich machtlos zeigte, verhängte der sowjetische Stadtkommandant von Berlin den Ausnahmezustand und ließ mit sowjetischen Panzern den Aufstand niederschlagen.

Dieser Aufstand zeigte – wie auch die Arbeiter- und Volksaufstände in Polen und Ungarn 1956 – dass die kommunistische Führung und ihre Einheitspartei keineswegs von der breiten Zustimmung der Bevölkerung getragen waren, sondern dass im Gegenteil ihr Machtanspruch sich nur mit Waffengewalt und mit der Hilfe der Sowjetunion aufrechterhalten ließ.

Die SED-Führung um Walter Ulbricht räumte zwar gewisse Fehler im Tempo der geplanten Förderung der Schwerindustrie ein, charakterisierte aber den Aufstand als einen vom Westen gesteuerten faschistisch-konterrevolutionären Putschversuch und ahndete den Aufstand mit schweren Freiheitsstrafen. Die Bevölkerung hatte die Erfahrung gemacht, dass mit der Hilfe der Sowjetunion im Rücken die Herrschaft der SED unangreifbar war.

Die Folgezeit zeigte eine wachsende **Fluchtbewegung** aus der DDR in die Bundesrepublik, die ebenfalls die Behauptung von der breiten Zustimmung Lügen strafte. Vor allem gut ausgebildete Fachkräfte und Jugendliche wandten dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ und dem von ihm ausgehenden politischen Druck den Rücken, die DDR drohte auszubluten. Das einzige Mittel, diese Fluchtbewegung einzudämmen, sah die DDR-Führung im Bau einer **Mauer** um Westberlin (wo die Grenze noch offen war) in der Nacht vom 12. auf den **13. August 1961** und in einer Abriegelung der innerdeutschen Grenze. Die Mauer, als „antifaschistischer Schutzwall“ und Monument der Friedenssicherung gepriesen, verstärkte in der Bevölkerung das Gefühl, eingesperrt zu sein, förderte aber auch die Bereitschaft, unter dem Zwang der Verhältnisse sich so weit mit dem System abzufinden oder gar zu arrangieren, dass man in den von der Partei nicht besetzten „Nischen“ seine eigene Identität so gut es ging wahren konnte. Dazu trat, dass die Bundesrepublik im Zug ihrer neuen Ostpolitik auch die DDR anerkannte und eine Zusammenarbeit anstrebte, trat auch eine allmähliche Verbesserung des Lebensstandards in der DDR.

Dennoch verstärkte sich bis Mitte der 80er Jahre der Wunsch, über einen formellen **Ausreiseantrag**, selbst unter Hinnahme schwerer Nachteile, die DDR zu verlassen.

Neue Hoffnung auf durchgreifende Veränderungen des "real existierenden Sozialismus" entstanden, als in der Sowjetunion der neue Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow seine Reformpolitik begann und im Nachbarland Polen ein "runder Tisch" über die Neugestaltung des öffentlichen Lebens beriet. Als aber die überalterte SED-Führung sich nachhaltig **reform-unfähig** zeigte, stieg der Ausreisepressure wieder rapide an.

Als im Frühjahr 1989 Kommunalwahlen in der DDR anstanden, scheute sich die DDR-Führung der offenen Auseinandersetzung und manipulierte die Wahlen, wie sie schon in den Jahrzehnten vorher immer wieder manipuliert waren (98% Wahlbeteiligung, 99,9 % Zustimmung zur Einheitsliste).

Die Öffnung des Eisernen Vorhangs durch Ungarn im Mai 1989 machte deutlich, dass im gesamten Ostblock Veränderungen vor sich gingen und dass allein die DDR sich diesen Neuerungen verweigerte. Die **Ausreisewelle**, die im Sommer 1989 die DDR erfasste (Ungarn, Botschaftsflüchtlinge in Budapest, Warschau und Prag), zeigte ein weiteres Mal, dass ein großer Teil der Bevölkerung ihr Heil nicht in einer Verwirklichung sozialistischer Prinzipien, sondern einer Verwirklichung kapitalistischer und demokratischer Freiheiten sah.

Schließlich offenbarten die **Montagsdemonstrationen** in Leipzig und die **Masendemonstration** in Berlin am 4. November 1989, dass die SED-Führung einerseits nur noch Rückhalt bei ihren eigenen Funktionsträgern hatte, dass sie andererseits vor dieser Äußerung des Volkswillens zurückwich. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war insofern nur noch konsequent. Gerade die Parolen der Berliner Masendemonstration vom 4. November zeigten das neue Selbstbewusstsein der Bevölkerung ("Wir sind das Volk") als auch die Kluft gegenüber denen, die sich jahrzehntelang als Volksvertreter ausgegeben hatten.

Insgesamt muss bei der Beantwortung dieser Aufgabe deutlich werden, dass **zu keiner Zeit** die von der DDR- und SED-Führung propagierte "Einheit" von Partei und Volk vorhanden war, dass die DDR-Führung auch zu keiner Zeit sich auf ein hinreichendes demokratisches Votum stützen konnte.